

Weltrundschau : neuer Krieg um Israel? ; Krisenstimmung in Amerika ; Nachtrag ; Die Freiheit im Ostblock ; Zerfällt Labourenland? ; Nationalismus in Belgien ; Ein Märtyrer der Gewaltlosigkeit

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neuer Krieg um Israel? Der Berichtsmonat hat eine ganze Reihe wichtiger Ereignisse und Entwicklungen auf internationalem Boden gebracht. So bedeutsam es aber auch sein mag, was in Vietnam und in den Vereinigten Staaten, in Grossbritannien und in China, in der Tschechoslowakei und in Westdeutschland vorgeht, so unmittelbar bedrohlich und beunruhigend ist doch die erneute Zuspitzung des Kampfes um *Israel*. Wir richten darum unser Augenmerk heute vor allem auf *diesen* Vorgang.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht oder stand wenigstens in den letzten paar Wochen die israelische Strafunternehmung in jordanisches Gebiet hinein, als Vergeltung für die fortwährenden Übergriffe und verbrecherischen Anschläge arabischer, besonders syrischer Freischärler gegen israelische Siedlungen und Einrichtungen. Der israelischen Bevölkerung bemächtigte sich eine immer stärkere Erregung ob dieser planmässigen, wenn auch noch nicht offiziellen Gewalttätigkeiten. Die Regierung wurde mit Begehren auf Gegenmassnahmen bestürmt. Was konnte sie aber zum Schutz der fast wehrlosen Bewohner der betroffenen oder bedrohten Stätten tun? Vorstellungen bei den arabischen Regierungen erheben? Sinnlos. Den UNO-Sicherheitsrat anrufen? Der hätte, wie sein ganzes früheres Verhalten beweist, nicht wirksam eingegriffen. Oder einfach zuschauen, wie die arabischen Terroristen ihr Werk der Zerstörung und wohlberechneten Herausforderung Israels fortsetzen würden? Das konnte man ihr erst recht nicht zumuten. So entschloss sich die israelische Regierung zu jenem Vergeltungsschlag, der dann von den Arabern natürlich wiederum als ruchloser Angriff auf ihre heiligsten Güter erklärt und vom Sicherheitsrat prompt als schwere Verletzung der Waffenruhe gebrandmarkt wurde, wenn auch ein Zusatz zu dieser neuen Verurteilung Israels vorsichtig andeutete, dass auch andere (also wohl arabische) Gewaltakte unstatthaft seien und unter Umständen gewisse Schritte zur Sicherung des Friedens im Nahen Osten «erwogen werden» müssten...

Das alte, grausame Spiel! Es ist ganz richtig: Mit solchen militärischen Vergeltungsschlägen, wie sie Israel abermals aufgenommen zu haben scheint, werden die Araber nicht in ihrem Willen erschüttert, den israelischen Staat zu vernichten. Ganz im Gegenteil: sie dienen ihnen nur als neuer Beweis für die Unerträglichkeit des Weiterbestehens eines jüdischen Staatswesens «auf arabischem Boden» und bestärken sie in ihrem Entschluss, alle Verhandlungen über eine rechtliche Anerkennung Israels abzulehnen. Dies um so mehr, als dank massiver sowjetischer Unterstützung, besonders die ägyptische Armee, sozusagen vollkommen wiederhergestellt ist und schlagebreit dasteht. «In der kommenden Schlacht», so rief Präsident Nasser in seiner Rede vom 12. März vor ägyptischen Soldaten aus, «müssen wir entweder siegen oder für immer besiegt und gedemütigt bleiben.»

Nasser steht dabei unter zunehmendem Druck innenpolitischer Kräfte. Nicht nur verzeihen viele Offiziere dem Diktator nicht, dass er seinen früheren Freund und Mitarbeiter Marschall Amer als Sündenbock für die Niederlage vom Juni 1967 in die Wüste schickte und zum Selbstmord zwang. Bedeutsamer ist vielmehr noch, dass in der ägyptischen Studentenschaft — die Universitäten zählen 165 000 Studierende — eine radikale Bewegung entstanden ist, die wie in andern Ländern eine freiheitliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft fordert — ein wirkliches Ereignis in der Geschichte Ägyptens. Nasser versucht vergebens, der von rechts wie links kommenden Widerstandsbewegung Herr zu werden. Seine Säuberungsmassnahmen in Armee und Verwaltung haben eher das Gegenteil dessen bewirkt, was er erstrebte. «Das ganze Staatsgebäude ist in Gefahr, zusammenzubrechen», schreibt Peter Mansfield im Londoner «New Statesman» (15. März). «Zu einer Zeit, da sein natürliches Ansehen im Schwinden ist, findet er sich der Stütze beraubt, die ihm die Armee durch Amer in den letzten 15 Jahren geliefert hat... Die Notwendigkeit eines neuen revolutionären Kadrs ist offenkundig. Zu diesem Zweck muss der jüngeren Generation mehr Seil gegeben werden... Ohne Rücksicht auf die militärischen Wirklichkeiten verlangten die Studenten letzte Woche einen sofortigen Sturm auf die israelischen Stellungen am Suezkanal. Die Gefahr besteht, dass Nasser, um das Scharfmachertum einzudämmen und die Selbstachtung der verwundeten Nation zu fördern, sich gezwungen sehen wird, kriegerischer und zuversichtlicher aufzutreten, als sein eigenes Urteil ihm erlauben würde. Anzeichen für eine solche Entwicklung der Dinge sind bereits zu erkennen.»

In Israel macht man sich darum auf einen vielleicht schon nahe bevorstehenden Generalangriff der arabischen Staaten gefasst, die diesmal nicht nur wieder mit der Untätigkeit der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs rechnen, sondern auch mit offener Hilfe der Sowjetunion, hat man doch in Moskau allen Grund, die tiefe Enttäuschung der Araber über das «Versagen» der Sowjetdiplomatie im Juni 1967 sich nicht wiederholen zu lassen. Aber wie ich hier schon einmal sagte: alle militärische Gegenrüstung und ihre Anwendung in einem neuen Krieg wird Israel auf die Länge nicht retten, so sehr es sich jetzt bemüht, namentlich aus Amerika Waffen und Kampfgerät zu bekommen. Israel muss vielmehr durch eindeutige Taten beweisen, was schon längst für jeden gerecht Urteilenden klar ist, dass seine Sache nicht diejenige des westlichen Imperialismus ist, also nicht im Gegensatz zu den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der unterentwickelten Völker des Orients steht. Es muss zeigen, dass es einen vielleicht sogar entscheidenden Beitrag an die Befreiung dieser Völker aus ihrer Untertänigkeit gegenüber Feudalismus und Kapitalismus leisten kann und will, so dass es nicht mehr möglich sein wird, sie von ihrer *wirklichen* Aufgabe, auf die angebliche Pflicht zur Zerstörung Israels abzulenken. Darf ich nochmals auf den schon früher hier erwähnten Aufsatz hinweisen, den Leo Huberman, der Mitredakteur der Neuyorker «Monthly Review», zur Klärung des Nahostproblems geschrieben hat? Der Hauptfeind der arabi-

schen Massen, so betont dieser wahrlich nicht dem amerikanischen oder sonst einem Imperialismus verpflichtete Beobachter mit vollem Recht, ist «nicht Israel, sondern ihre eigenen feudalen, reaktionären, bürokratischen Regierungen, von denen sie ausgebeutet werden, und der westliche Imperialismus, der ihnen ihre Reichtümer stiehlt... (Aber) die arabischen Revolutionäre sind in die Falle gegangen. Sie haben alle Energie auf die Vernichtung Israels statt auf die Vernichtung des Imperialismus konzentriert.» Und wenn Israel seinerseits den Kampf für die Menschwerdung *aller* nahöstlicher Völker als seine Aufgabe erkennt und erklärt, wenn es *greifbare Vorschläge für die Überwindung von Hunger, Not und Unwissenheit in ganz Vorderasien* macht und durchzusetzen bemüht ist, dann wird es Bundesgenossen genug in den arabischen Völkern finden — nicht zuletzt bei den Palästina-Flüchtlingen, deren Not seit Jahr und Tag von den arabischen Nationalisten zur Schürung des Hasses gegen Israel missbraucht wird. Man muss Israel mit allem Ernst sagen, dass es keine Zeit verlieren darf, um diese Aufgabe an die Hand zu nehmen. Es darf nicht darauf warten, dass in absehbarer Zeit bei den arabischen Regierungen der Wille zur förmlichen internationalen Garantierung des Staates Israel von selbst durchbrechen werde; das wäre arge Selbsttäuschung. Es darf zwar seinerseits gewiss die Pfänder behalten, die es sich im Hinblick auf einen Sinneswandel bei seinen Gegnern genommen hat, muss aber auf alle Art und Weise klarmachen, dass es die besetzten Gebiete — mit Ausnahme einer blossen Berichtigung wirklich widersinniger Grenzen — so schnell als nur möglich zu räumen bereit ist, und gleichzeitig die Solidarität mit den notleidenden arabischen Völkern in den Mittelpunkt seiner ganzen Aussenpolitik stellen.* Es müsste merkwürdig zugehen, wenn eine solche Wendung auf israelischer Seite nicht auch im arabischen Lager Widerhall fände und zum Ausgangspunkt einer internationalen Sicherung von Israels Lebensrecht würde. Verschliesst sich Israel der Notwendigkeit, Vorkämpfer der sozialen und geistigen Befreiung der Völker des Nahen Ostens zu sein, dann würde es freilich Gefahr laufen, auch sein eigenes Lebensrecht zu verscherzen. Es steht zwar im Neuen Testament, dass sein Leben verliert, wer es auf selbstsüchtige Weise sucht; aber diese Grundwahrheit gilt eben dennoch auch für Israel, das nach meiner Überzeugung an *dem* entscheidenden Wendepunkt seiner politischen Geschichte steht.

* Von einer Abschaffung des jüdischen Charakters des Staates Israel kann natürlich — das sei wieder einmal betont — keine Rede sein. So wenig die Schweiz ihre Grenzen ausländischer Einwanderung hemmungslos öffnen darf, so wenig darf man das Israel zumuten. Das Schlagwort von einem «jüdisch-arabischen Gemeinschaftsstaat», der auf Israels Boden errichtet werden müsse, täuscht nicht darüber hinweg, dass in einem solchen «Gemeinschaftsstaat» sehr schnell das Arabertum weitaus das Übergewicht bekäme und das Judentum an die Wand drücken würde. Auch die Schweiz kann ausländischen Einwanderern nicht die gleichen politischen Rechte wie ihren eigenen Bürgern geben und nimmt «angepasste» Bewerber nur nach genauer Prüfung ins Bürgerrecht auf .

Krisenstimmung in Amerika*

Für Israel ist die gegenwärtige Lage um so gefährlicher, als der Regierung der USA (die auf die zahl- und einflussreichen amerikanischen Juden immerhin sorgfältige Rücksicht nehmen muss) durch den *Vietnamkrieg* die Hände völlig gebunden sind, so dass sie den Arabern und ihren russischen Helfern noch weniger in den Arm fallen kann als im Juni 1967. Die politische Verwirrung, die das Vietnamabenteuer in den Vereinigten Staaten angerichtet hat, ist tatsächlich kaum mehr zu überbieten. Das Kennzeichen der Lage in den USA, so stellt der amerikanische Mitarbeiter des Londoner «New Statesman» fest, sei ein vollkommener Mangel an Vertrauen des Volkes und der Politiker in den Krieg, in den Präsidenten und in die Wirtschaft, besonders in die Währungssicherheit, ja in das ganze politische System, so wie es jetzt arbeite. «Es wird mächtig erregend sein, mitanzusehen, welcher Politiker — wenn es überhaupt einen gibt — es fertig bringt, dass die Demokratie in Amerika in den nächsten Jahren wieder handlungsfähig wird». Und der Washingtoner Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung», der so lang als nur möglich Johnson und seinen Leuten die Stange gehalten hat, muss jetzt ebenfalls anerkennen, «dass es Johnson eben einfach nicht gelungen ist, das Land in der Vietnamfrage hinter sich zu bringen». Man sehe jetzt, «in welchem erheblichem Masse heute das innere Gleichgewicht des Landes in dieser Frage erschüttert ist. Man wusste das schon vorher (!). Es konnte keinem aufmerksamen Beobachter der amerikanischen Szene entgehen ... Man hat es mit der ernstesten Krise der amerikanischen Nachkriegspolitik zu tun». (Nummer 160, Mittagsausgabe.)

Der Widerspruch gegen die Vietnampolitik Johnsons ist bereits tief in die oberste Schicht der Berufspolitikern eingedrungen. Stünden nicht die Präsidentenwahl und die Teilerneuerung der amerikanischen Bundesversammlung für den Herbst bevor, so wäre Johnson sicher schon heute moralisch erledigt. Aber es will auch so schon etwas heißen, wenn führende Parlamentarier, wie Senator Mansfield, hartnäckig gegen jede neue Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam auftreten und eine Beschränkung der Kriegführung auf die Befestigung der bisherigen Stellungen sowie einen klaren Verzicht auf jeden Versuch verlangen, Saigons Herrschaft über ganz Südvietnam mit militärischen Mitteln zu sichern. Und es ist denn auch kein Wunder, dass dem Präsidenten wegen seines Vietnamabenteuers in den Senatoren McCarthy und Robert Kennedy im eigenen demokratischen Lager ernsthafte Mitbewerber um die Ernennung zum offiziellen Parteikandidaten für die Herbstwahl erwachsen sind. Dass der ganze Vietnamkrieg, so wie er seit drei, vier Jahren geführt wird, auf der Lüge beruht, Nordvietnam habe in der Tonkingbucht amerikanische Kriegsschiffe angegriffen, und dass diese Lüge jetzt so ziemlich überall als abgefeimtes Mittel zur Erschleichung unbegrenzter Vollmachten Johnsons für die Kriegführung benutzt wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Von so etwas wie Demokratie kann in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten (wie der übrigen grossen und kleinen

* Siehe den Nachtrag zu diesem Abschnitt.

Staaten der Welt) heute jedenfalls noch viel weniger geredet werden als bisher. Das amerikanische Volk, ja sogar seine parlamentarische Vertretung, hat dazu nichts zu sagen; es hat zu bluten, zu zahlen und zu schweigen. Johnson nimmt alle Kritik an seiner Kriegführung sehr übel und fährt fort, nun erst recht seine Phrasen von der heiligen Verpflichtung Amerikas gegenüber Gott und Welt zu wiederholen. Das Erbe von 5000 Jahren menschlichen Bemühens um ein freies Leben, so sagte er letzthin (20. März), stehe heute auf dem Spiel. Amerika sei von der Geschichte zur Prüfung der Tiefe und Stärke seiner Verpflichtung gegenüber der Freiheit auserlesen worden. «Welches andere Land der Welt würde des kleinen Mannes Freiheit verteidigen, wenn wir einmal nicht mehr die Zitadelle der Freiheit wären?» Die amerikanischen Neger, die einen besonders hohen Blutzoll in Vietnam zu erlegen haben, und die vierzig oder mehr Millionen Bürger der Vereinigten Staaten, die unter dem sozialen Existenzminimum dahinleben, werden sich ihre eigenen Gedanken über die Art und Weise machen, wie ihre Regierung die Freiheit und das Menschenrecht des kleinen Mannes verteidigt...

Kurz, Präsident Johnson hat zwar nicht die 200 000 neuen Freiheitskämpfer bewilligt, die seine Generäle für Vietnam gefordert haben, aber immerhin doch 50 000. Und wenn er auch General Westmoreland, den Oberkommandierenden in Südostasien, abberufen und auf einen noch höheren Posten befördert hat, so ist doch schon wieder eine neue Grossoffensive der USA-Streitkräfte im Gang, angeblich die wuchtigste, die jemals unternommen wurde, und auch der Name, den sie bekommen hat («Operation Certain Victory»), deutet auf den «Geist» hin, der nach wie vor die amerikanische Vietnampolitik beherrscht. Es ist die Eigengesetzlichkeit des militärischen Denkens, das auch hier wieder zum Ausdruck kommt, nicht nur der Wille der herrschenden Klasse in den USA, um jeden Preis (für das Volk natürlich) «den Kommunismus» — und das heisst hier die soziale und nationale Freiheitsbewegung der asiatischen Massen — zum Stehen zu bringen, auch wenn und gerade wenn China dabei zerschlagen werden müsse.

Dass der Vietnamkrieg eine Hauptursache für die Erschütterung der Dollarwährung ist, wurde hier schon in der letzten Monatsschau festgehalten. Die Dollar- und Goldkrise ist zwar inzwischen durch den Eingriff der internationalen Bankwelt gemildert worden; aber das Vertrauen in den Dollar wird ebenso lang nicht wiederkehren, als der Vietnamkrieg andauert und Summen verschlingt, die allmählich eine astronomische Grössenordnung annehmen. Die Goldpanik im besonderen mag über kurz oder lang aufs neue und vielleicht in verheerendem Ausmass losbrechen, und andere schwere Störungen des kapitalistischen Geld- und Austauschsystems mögen folgen. Wobei sich wiederum zeigen wird, wie wenig dieses ganze lebenswichtige Wirtschaftsgebiet, das unser aller Lebensverhältnisse so tief beeinflusst, auf irgendwie demokratische Art und Weise geordnet wird. Die Zentralbanken der meisten Länder, auch solcher, in denen formell die Regierung sie beaufsichtigt, sind eben tatsächlich Einrichtungen, deren Leitung

vom Volkswillen unabhängig ist und viel mehr den Interessen der privaten Geldmächte Rechnung trägt als denjenigen der Volksgesamtheit. Auf jeden Fall kümmern sich die Militärlächer, die in den Vereinigten Staaten die Aussenpolitik so wesentlich beeinflussen, herzlich wenig um die wirtschaftlichen und finanziellen Erschütterungen, die eine noch weiter verschärfte und gesteigerte Fortsetzung des Vietnamkrieges anrichten wird. Schon jetzt machen sich innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, vorab in Frankreich und England, Widerstände gegen die amerikanische Vorherrschaft und Vormundschaft geltend. Es ist sogar die Rede von der Schaffung eines mit dem Dollarblock in Wettbewerb tretenden zweiten Währungssystems, das Zoll- und Handelskriege in einem seit den dreissiger Jahren nicht mehr gekannten Ausmass heraufbeschwören könnte, ja zu einer weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung Westeuropas mit den kommunistischen Oststaaten zu führen vermöchte. Wohin man also schaut: die Vereinigten Staaten schneiden sich nur immer tiefer ins eigene Fleisch, je länger sie zögern, mit einem freilich unvermeidlicherweise schmerzhaften Ruck, aus diesem Vietnam herauszukommen, das zum Grab ihrer ganzen imperialistisch-gegenrevolutionären Gewaltpolitik zu werden droht.

Unverkennbar ist die Hoffnung, dass es in absehbarer Zukunft wirklich so herauskommen werde, ein entscheidender Grund für Nordvietnam und den Vietkong, die unsäglichen Opfer und Leiden einer weiteren Fortführung des kriegerischen Widerstandes auf sich zu nehmen. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, ist aber immer noch die Frage. Ich habe an dieser Stelle schon früher gesagt, dass für die Kriegsgegner der Vereinigten Staaten, trotz allem nur geringe Aussicht darauf besteht, die Amerikaner *auf einmal* aus Vietnam zu verjagen, dass sie also Mittel und Wege suchen müssten, um ihr Ziel *in Etappen* zu erreichen und zunächst einmal die Einstellung aller Feindseligkeiten zu sichern. Ich habe das auch an anderem Ort ausgesprochen und bin dafür böse angefahren, ja als (unwillentlicher) Komplize des amerikanischen Kriegsverbrechens bezeichnet worden. Aber ich bleibe bei meiner Meinung und halte es für unverantwortlich, Nordvietnam und den Vietkong in ihrer Vorstellung zu bestärken, dass Amerika wirklich nur ein «Papiertiger» sei, der trotz allem Gebrüll schon im Gefolge der *gegenwärtigen* Kriegshandlungen ins Meer geworfen werden könne und werde. So weit ist es mit den Vereinigten Staaten noch immer nicht. Und die Einsicht in diese Sachlage, weit entfernt, eine Kapitulation vor dem amerikanischen Machtwillen zu begünstigen, könnte sehr wohl, ja müsste sogar zu einem *vorläufigen* Friedensschluss führen, der zwar nicht den sofortigen Rückzug der USA-Streitkräfte aus Vietnam beinhalten würde, wie das in dem bekannten Vierpunkteprogramm Nordvietnams als erste Bedingung für die Lösung der Vietnamfrage genannt wird, aber die Kriegspartei in den Vereinigten Staaten so entscheidend mattsetzen müsste, dass die gänzliche Liquidierung des Vietnamabenteuers durch die USA-Regierung nur noch eine Frage verhältnismässig kurzer Zeit wäre. Ist es diese Aussicht nicht wert, dass Hanoi auf einen Verhandlungsfrieden ohne militärischen

Endsieg einlenkt? Muss das höllische Gemetzel und Zerstörungswerk noch unabsehbar lang weitergehen, bis endlich doch die Unmöglichkeit einer Gewaltlösung der Vietnamfrage auf *beiden* Seiten zugegeben wird?

Nachtrag Der vorstehende Abschnitt «Krisenstimmung in Amerika» war bereits geschrieben und die Weltrundschau lag fertig zur Absendung an die Druckerei da, als die Nachricht eintraf, dass Präsident Johnson die *Einstellung des Luftkrieges gegen Nordvietnam* befohlen und auf eine Kandidatur für die *Präsidentenwahl* vom kommenden Herbst *verzichtet* habe. Ich habe trotzdem den genannten Abschnitt nicht gestrichen, sondern erst recht stehengelassen, weil er wesentlich dazu dient, den Entschluss Johnsons verständlich zu machen und den ganzen Hintergrund zu erhellen, aus dem er erwachsen ist. Heute (am 2. April) ist es freilich noch zu früh, um mit irgendwelcher Sicherheit die Wirkungen von Johnsons aufsehenerregendem Schritt zu beurteilen. Wenn man den Eindruck, den er gemacht hat, etwas vereinfachend aussprechen will, so kann man vielleicht sagen, dass Johnson gezwungen worden ist, als hauptverantwortlicher Träger der amerikanischen Vietnampolitik aus dem Wahlkampf auszuschneiden, also seinen Kritikern und Gegnern im Namen der nationalen Einheit ein grosses Zugeständnis gemacht hat, dass aber in Südvietnam der amerikanische Kriegseinsatz eher noch verstärkt wird, mit der Aussicht allerdings, dass sich die USA-Armee mehr und mehr auf Verteidigungskämpfe beschränkt und dadurch ein Verhandlungsfrieden erleichtert wird.

Viel hängt selbstverständlich von der Antwort Nordvietnams auf den Entschluss Johnsons ab. Mit der einseitigen Einstellung des Luftkrieges gegen Nordvietnam ist zunächst nur die einseitige Eröffnung der Luftangriffe auf Nordvietnam (die dazu noch ohne Kriegserklärung erfolgte) gutgemacht, also der frühere Zustand wiederhergestellt, dass Amerika mit immer grösserem Einsatz seiner Kriegsmittel in Südvietnam eingegriffen und Nordvietnam mit viel geringeren Kräften darauf geantwortet hat. Aber man kann sich schwer vorstellen, dass die Regierung von Hanoi die neue Lage nicht dazu benützen werde, auf einen Abbruch der Feindseligkeiten ohne eigenen Endsieg hinzusteuern. Präsident Johnson hat offenbar erkannt (und zugegeben), dass die Vereinigten Staaten ihren Vietnamkrieg nicht gewinnen können und früher oder später Vietnam ganz aufgeben müssen. Und die Frage ist jetzt, ob man auch auf nordvietnamesischer Seite auf einen militärischen Vollsieg verzichten wird, um weitere schwere Opfer an Gut und Blut zu vermeiden oder ob man in Hanoi nun nicht erst recht überzeugt ist, mit Durchhalten die sofortige und völlige Vertreibung der Amerikaner aus Vietnam und Südostasien überhaupt erzwingen zu können.

Die Freiheit im Ostblock In verhältnismässig günstiger Stellung kann die *Sowjetunion* den ferneren Verlauf des Dramas in Südostasien beobachten. Sie muss natürlich darauf achten, dass sie nicht durch zu grossen Einsatz zugunsten Nordvietnams die

Vereinigten Staaten allzustark herausfordert, was ihr die bitterste Feindschaft Chinas eingetragen hat. Gleichzeitig kann sie aber doch mit der bescheidenen Unterstützung, die sie Nordvietnam leistet, besonders mit ihren Luftkriegswaffen, den Amerikanern verhältnismässig grossen Schaden zufügen, hat man doch gesagt, für jeden Dollar, den Moskau in den Vietnamkrieg stecke, müsse Washington hundert hineinstecken. Andererseits ist es für die Sowjetunion von unschätzbarem Vorteil, dass sie dank der heillosen Ankettung der Vereinigten Staaten an Südostasien selber die Hände in anderen Weltteilen und Ländern freibekommen hat. Das gilt nicht allein – wie schon gesagt – für den Nahen Osten; es gilt auch beispielsweise für ihr Verhältnis zu Westdeutschland und dann ganz besonders für ihr Vormachtstreben innerhalb des europäischen *Ostblocks*.

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste der Sowjetunion alles daran liegen, die jungen Volksrepubliken Osteuropas fest in ihren Griff zu bekommen, um sich gegen einen neuen Angriff aus dem Westen und namentlich gegen die amerikanische «Eindämpfungspolitik» zu sichern. Inzwischen ist die Lage für die Sowjetunion insofern schwieriger geworden, als die Entwicklung der Kernwaffentechnik zwar ihren militärischen Schutz durch einen Gürtel vorgelagerter kommunistisch regierter Staaten entbehrlich gemacht hat, dafür aber das Streben der osteuropäischen Volksrepubliken nach *nationaler Unabhängigkeit*, also auch nach Freiheit von ihrer Führung durch die Sowjetunion, immer stärker, ja einfach unwiderstehlich geworden ist. Das erste Land, das sich innen- wie aussenpolitisch selbständig gemacht hat, ist, wie man weiss, *Jugoslawien* gewesen. Und wenn auch die innere Entwicklung Jugoslawiens seither zu vielerlei Kritik Anlass geboten hat, so musste man doch von Anfang an seinen Entschluss, von Moskau loszukommen, grundsätzlich für richtig erklären, und der Schreiber hat es damals auch getan. Verhältnismässig langsam folgte dann *Rumänien* dem jugoslawischen Vorbild, wenigstens in der Aussenpolitik; denn innenpolitisch ist Rumänien wohl das noch am meisten «stalinistische» Land des Ostlagers. Es kann sich die in letzter Zeit besonders nachdrücklich betonte Unabhängigkeit von der Moskauer aussenpolitischen Linie auch am ehesten gestatten, ist es doch sowohl volkstums- und kulturmässig wie geographisch-strategisch nur lose mit der Sowjetunion verbunden. Die Losreissung *Ungarns* von der sowjetischen Führung musste freilich misslingen, weil sie nach Lage der Dinge den Übergang ins Westlager bedeutet hätte, was die Sowjetunion nicht dulden konnte. Trotzdem hat sich Ungarn inzwischen ausgezeichnet entwickelt und geniesst in der Gestaltung seiner Wirtschaft wie seiner Innenpolitik eine erstaunliche Bewegungsfreiheit. Sein zunehmend sozialistischer Charakter steht kaum in Frage.

Und nun ist die Reihe also an der *Tschechoslowakei*. Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten der in die Tiefe wie in die Breite gehenden Freiheitsbewegung eintreten, die die tschechoslowakische Volksrepublik erfasst hat. Das muss aber doch ausdrücklich gesagt sein: dass die Tschechoslowakei im Jahr 1948 ins sozialistische Lager übergang, bleibt auch, von heute aus gesehen, vollkommen richtig. Und dass sie damit unter Anlehnung an

die Sowjetunion eine kommunistische Diktatur wurde, das war damals ganz unvermeidlich; ohne diesen Notbehelf hätte sie nicht aus dem Bannkreis der bürgerlich-kapitalistischen Welt befreit und auf den Weg zum Sozialismus geführt werden können. Was ich nach einer mehrwöchigen Reise durch die Tschechoslowakei im Jahr 1959 hier in den «Neuen Wegen» geschrieben habe, bleibt nach wie vor meine Überzeugung, dass es nämlich unsinnig ist, davon zu reden, mit dem «Staatsstreich» von 1948 habe sich «Dunkel über das Land Masaryks und Beneschs gesenkt». Hätte sich die Tschechoslowakei von den *wirklich* dunklen Kräften treiben lassen, die damals gegen sie am Werk waren, «so stünden sie», wie ich bemerkte, «heute innenpolitisch ungefähr dort, wo jetzt Frankreich oder Italien steht, und sähe eine politisch wie sozial höchst unheilvolle kapitalistische Reaktion an der Macht; aussenpolitisch aber wäre sie dem Westblock eingegliedert worden und wäre nicht nur eine Ausfallbastion im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion geworden, sondern stünde in Gefahr, aufs neue die sogenannten sudetendeutschen Gebiete an Deutschland zu verlieren».

Die seitherige Entwicklung hat diesen Feststellungen nichts von ihrer Richtigkeit genommen. Ich verfehlte damals aber auch nicht, die Notwendigkeit eines kräftigen *Abbaus der innenpolitischen Diktatur* in der Tschechoslowakei klarzumachen – eine Äusserung, die mir den unverhohlenen Unwillen tschechoslowakischer Amtsstellen zuzog... «Ich halte dafür», so schrieb ich unter anderem (Juniheft 1959 der «Neuen Wege»), «dass eine wesentliche Lockerung der Diktatur auch in der Tschechoslowakei nicht nur nötig, sondern auch möglich ist – wie etwa in Polen, wo seit 1956 eine bedeutende Erweiterung der Informations- und Diskussionsfreiheit stattgefunden hat, ohne dass damit dem sozialistischen Aufbau dauernder Schaden zugefügt worden wäre, ja zum grossen Nutzen der neuen Ordnung, die ohne fortschreitende Liberalisierung nicht lebensfähig sein wird. In der Aufrechterhaltung des Diktaturapparates, die nur zu leicht Selbstzweck wird, liegt, so wie ich es ansehe, die grösste Gefahr für das sozialistische Regime in den osteuropäischen Ländern ganz allgemein und im besonderen auch in der Tschechoslowakei... Das Ziel muss unverrückt festgehalten werden, die soziale Demokratie durch eine ihr entsprechende politische Demokratie zur Volldemokratie zu machen und ihr erst dadurch die dauerhafte Grundlage und Kraft zu geben.»

Man verzeihe dem Schreibenden diese Selbstzitiierung. In die Genugtuung, die wir darüber empfinden müssen, dass die Tschechoslowakei jetzt offen der inneren Logik ihres Charakters folgt, mischt sich eben das Bedauern, dass es so lange gehen konnte, bis die konservativen Kräfte auf der ganzen Linie in die Verteidigung gedrängt wurden und der Sieg immer noch nicht eindeutig der Reformbewegung zugefallen ist. Wir erhoffen aber ein Doppeltes: Dass die Neuerer nicht durch überstürztes Vorprellen eine gewalttätige Reaktion der Ewiggestrigen herausfordern, und dass die politische Liberalisierung nicht zu einer Rückbildung der sozialistischen Wirtschaft antrete, auf bürgerlich-kapitalistisches Gewinnstreben missbraucht werde. Vor *solcher* «Freiheit» möge, wie in den anderen osteuro-

päischen Ländern, so auch in der Tschechoslowakei, die so vielversprechende Reformbewegung bewahrt werden, aber auch davor, dass von aussen her, besonders von seiten der Sowjetunion, Polens und Ostdeutschlands, unter Ausnützung der weltpolitischen Lage die ganze, auf innere und äussere Erneuerung abzielende Bewegung in den osteuropäischen Staaten noch einmal zurückgestaut und vielleicht auf falsche Bahnen gedrängt werde. In *Polen* scheinen die konservativ-bürokratischen Mächte schon jetzt wieder vorläufig obenaufgekommen zu sein; aber es ist ganz sicher, dass sie weder hier noch in der Sowjetunion, noch in der Deutschen Demokratischen Republik (wo die Erstarrung in der Routine des Diktaturapparates besonders widerwärtig ist) auf die Dauer eine Entwicklung verhindern können, die alles Recht auf ihrer Seite hat, und nur mit um so grösserer Wucht durchbrechen wird, je unverständiger und kleinlicher die noch Herrschenden sich ihr entgegenstemmen.

Zerfällt Labourenland? Nur mit tiefer Sorge kann man auch weiterhin verfolgen, was sich jetzt in Grossbritannien vorbereitet. Premierminister Wilson und seine Mitregenten sind zwar ausserordentlich zufrieden, dass das Zahlungsdefizit der britischen Volkswirtschaft mehr und mehr einem Überschuss der Guthaben gegenüber dem Ausland über die Verpflichtungen Platz macht und die Pfundwährung wieder einigermassen gefestigt dasteht, so dass in ein paar Jahren die durch die konservativ-kapitalistische Misswirtschaft und Sorglosigkeit verschuldete Krisenlage überwunden sein werde. Möglich, dass es so herauskommt, aber alles andere als sicher (nicht zuletzt wenn man an die Koppelung des Pfunds Sterling mit dem amerikanischen Dollar denkt, der noch lange nicht gerettet ist). Und vor allem: die Mittel, die die Regierung Wilson anwendet, um Englands Wirtschaft wieder zur Blüte zu bringen, sind nicht diejenigen, die eine auf den Sozialismus verpflichtete Regierung anwenden müsste, sondern in den wesentlichen Punkten diejenigen einer konservativ-bürgerlichen Grundauffassung. Darüber ist hier das Nötige schon wiederholt gesagt worden, und es soll darum jetzt nicht wiederholt werden. Aber darauf muss mit ganzem Ernst hingewiesen werden, dass Wilson auf dem Weg ist, mit seinen Wirtschaftsretterkünsten die Labourbewegung ihres besten sittlichen Gehaltes zu entkleiden und sie, wenn nicht zu spalten und zu ruinieren, im besten Fall zu einer von Augenblickserwägungen bestimmten Interessenvertretung der lohnarbeitenden Bevölkerung, ohne idealistischen Schwung und ohne sozialistische Zukunftshoffnung, herabzudrücken. Eine unmissverständliche Antwort auf dieses Beginnen ist die erste «schwarze Serie» von Nachwahlen ins Unterhaus, die sich, wie fast allgemein erwartet, letzte Woche abgewickelt hat. Wenn Labour gleich auf *einen* Schlag drei bisher beinahe bombensichere Abgeordnetensitze verloren hat, und zwar mit Verlusten, die mehr als die Hälfte der 1966 abgegebenen Labourstimmen erreichen, so ist das ein Warnungssignal der Labourwählerschaft, das, wenn es nicht beachtet und zum

Anlass einer schleunigen Kehrtwendung genommen wird, in eine eigentliche Katastrophe zu führen droht.

Es ist eben keineswegs nur der Unmut des Wählervolkes über die Erschwerung seiner Lebenshaltung durch Lohnstopp, Teuerung, Teilarbeitslosigkeit und allerlei andere Wirkungen der Spar- und Einschränkungspolitik der Regierung, was in dem beispiellosen Rückgang der Labourstimmenzahl zum Ausdruck kommt. Wären die Opfer, die die Regierung vom lohnarbeitenden Volk verlangt, im Dienst einer sozialistisch ausgerichteten Reformpolitik notwendig geworden, so wären sie gewiss ohne viel Murren hingenommen worden; aber nur um eine Regierung am Ruder zu halten, die tatsächlich die Politik des Klassengegners und Verderbers Grossbritanniens betreibt – nein, dazu geben sich die Tausende von Labourwählern und -wählerinnen, die bei den Ersatzwahlen gestreikt haben, einfach nicht her. Sie empfinden die kaltschnauzige Zweckmässigkeitspolitik Wilsons, die sich mehr und mehr bürgerlich-konservativer Denkweise und Praxis nähert, als empörende Grundsatzlosigkeit, und mancher treue Labourmann denkt vielleicht an Gladstones, des grossen Liberalen der viktorianischen Zeit, oft angeführtes Wort, dass politisch nicht richtig sein könne, was moralisch falsch sei. Und sie stellen mit nur zuviel Recht fest, dass all die Zugeständnisse, die die Labourregierung nach rechts hin macht – auch beispielsweise in der Rhodesienpolitik, die eine Kette demütigender Niederlagen der Regierung geworden ist –, die Entschlossenheit der Konservativen und der kapitalistischen Industrie- und Finanzkreise, bei erster Gelegenheit das verhasste Labourregime zu stürzen, nicht zu dämpfen vermocht hat, ja sie nur noch mehr stärkt und befestigt.

Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass die Regierung Wilson gar nicht mehr dazukommt, ihr Programm der Wirtschaftsgesundung durchzuführen, vielmehr schon vor Ablauf ihrer maximalen Amtszeit zum Rücktritt gezwungen wird. Die dann nötigen Neuwahlen wird Labour, so wie es heute aussieht, nur unter der Bedingung ohne Katastrophe überstehen, wenn die Labourregierung den Rest ihrer Amtsdauer dazu benützt, dem kapitalistischen Regiment und der ganzen darauf errichteten gesellschaftlichen Ordnung offenen, grundsätzlichen Kampf anzusagen, die Labourbewegung mit neuer Zukunftshoffnung zu erfüllen, die tiefe Müdigkeit, die sie jetzt geradezu lähmt, durch frischen Angriffsgeist zu überwinden und so den Durchbruch zu einem sozialistischen England vorzubereiten, den zu erkämpfen für die Labourbewegung allein Lebensrecht und Lebenszweck sein kann. Aber ist die Labourbewegung durch ihr Gewährenlassen von Wilsons politischer Charakterlosigkeit nicht bereits derart verdorben, dass sie zu einem solchen Wiederaufschwung, wie ihn ihre besten Männer und Frauen in Reih und Glied wie in der Führerschaft ersehnen, überhaupt nicht mehr fähig ist?

Nationalismus in Belgien In Belgien ist soeben ein Wahlkampf ausgetragen worden, dessen Hintergrund aus unserer schweizerischen Sicht besonders bemerkenswert ist. Wie

die Eidgenossenschaft, so ist auch Belgien ein mehrsprachiger Staat; aber wenn man die Jurafrage einmal beiseitelässt, so hat auf unserem Boden der Sprachen- und Volkstumsgegensatz nicht entfernt zu den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen geführt, die in Belgien an der Tagesordnung sind und nun sogar die nationale Einheit in Frage stellen, ist vielmehr im grossen ganzen befriedigend — wir schmeicheln uns sogar, zu sagen: vorbildlich — aufgelöst worden. In Belgien gehören 55,4 Prozent der Bevölkerung (die 9,5 Millionen beträgt) zur niederländisch-flämischen und 32,7 Prozent zur wallonisch-französischen Sprachgruppe. Die Hauptstadt Brüssel ist zweisprachig mit deutlichem Übergewicht des Französischen; in 25 Gemeinden Ostbelgiens (0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassend) wird Deutsch geredet. Die Sprachgrenzen sind gesetzlich festgelegt; aber der französische Sprachraum hat sich in den letzten Jahrzehnten unverkennbar ausgedehnt, wofür nicht nur Brüssel zeugt, das im flämischen Landesteil gelegen ist, sondern auch andere Städte und einzelne Industriegebiete. Die Flamen beschwerten sich immer lebhafter darüber, dass ihr Volksteil in den leitenden Stellen von Handel, Industrie und Staatsverwaltung zu kurz gekommen sei, und wurden besonders aufgebracht durch die Absicht, die wallonische Abteilung der katholischen Universität Löwen (die zu 90 Prozent mit staatlichen Geldmitteln unterhalten wird) bedeutend auszubauen, ja zu verselbständigen. Die Kundgebungen und Zusammenstösse, die darob in Löwen erfolgten, arteten zu solcher Heftigkeit aus, dass es zu einer eigentlichen Staatskrise kam und infolge der Unfähigkeit der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien — der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten —, eine beidseits annehmbare Lösung zu finden, Neuwahlen von Kammer und Senat nötig wurden.

Der Ausfall des Wahlgangs vom letzten Sonntag, der den nationalistischen Gruppen beider Sprachgebiete Erfolge auf Kosten der «alten» Parteien brachte und die heillose Zerrissenheit, besonders der Christlichsozialen, offenbarte, macht es aber erst recht schwierig, über die gegenwärtige Krise hinwegzukommen. Es geht ja nicht nur um die Universität Löwen (von der wahrscheinlich die französischsprachige Abteilung ganz abgetrennt werden wird), sondern um eine Neufassung der Sprachengesetzgebung überhaupt. Die flämischen Nationalisten verlangen nichts mehr und nichts weniger als eine Aufteilung Belgiens in einen flämischen und einen wallonischen Staat, ähnlich wie die extreme Richtung der Französisch-Kanadier einen kanadischen Doppelstaat befürwortet. Andererseits gibt es aber auf flämischer Seite, besonders unter den Studenten, einer recht tätige Gruppe, die die konservativ-rechtsbürgerliche Politik der flämischen «Volksunie» ablehnt, ausgesprochen nach links zieht und besonders in Löwen die Verlegung der französischen Hochschulabteilung ins wallonische Sprachgebiet unter dem Schlagwort «Hinaus mit den Bourgeoisöhnen» betrieben hat. So gehen die nationalistischen und die politisch-sozialen Strömungen vielfach durcheinander, auch innerhalb der Parteien, besonders bei den Christlichsozialen, die sich in einen wallonischen und einen flämischen Flügel aufgespalten haben, zum Teil auch bei den Sozialdemokraten, die in Brüssel uneins gewor-

den sind, während die Liberalen, die vornehmlich der wallonischen Volksgruppe angehören, einig geblieben sind. Dass unter diesem Wirrwarr die Arbeit an der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die Belgien gestellt sind, schwer leidet, braucht nicht besonders betont zu werden. Man sieht aber am Beispiel Belgiens erneut, welche Macht der sprachliche und rassenmässige Nationalismus auch in unserem Zeitalter noch über die Gemüter auszuüben vermag und wie sehr die Anrufung und Schürung nationalistischer Leidenschaften ganze Völker von der Anpackung derjenigen Fragen abzulenken imstande ist, von deren Bewältigung Leben und Sterben der nationalen Gemeinschaften *wirklich* abhängt.

2. April

Hugo Kramer

Ein Märtyrer der Gewaltlosigkeit Gerade vor Drucklegung dieses Heftes erreicht uns die erschütternde Kunde von der Ermordung *Martin Luther Kings* durch einen weissen Rassenfanatiker. Die Welt hielt den Atem an, als sich diese Schreckensnachricht verbreitete. Denn ob Anhänger oder Gegner des gewaltlosen Kampfes gegen das Unrecht — niemand versagte Dr. King in seinem heldenhaften, mit reinen geistigen Waffen geführten Widerstand gegen die rassen- und klassenmässige Unterdrückung des nordamerikanischen Negervolkes seine Hochachtung und Bewunderung. Dass wir, im Kreis der «Neuen Wege», zutiefst den Weg Martin Luther Kings als den rechten, weil auf die Wahrheit des Evangeliums gegründeten Weg anerkannten, versteht sich von selbst. Das glaubenslose Vertrauen auf Waffengewalt und die achselzuckende Verwerfung des Glaubens an die Allgewalt von Wahrheit und Gerechtigkeit, ja Liebe, als einer gefährlichen Utopie war nie unsere Sache und wird es nie sein. Utopie ist im Gegenteil die vermeintliche Realpolitik der Gewaltgläubigen aller Art und Farbe. Das gehört zum Kernbestand unserer religiösen und sittlichen Überzeugung.

Wir verkennen freilich nicht, dass zu solcher Überzeugung und dem darauf gegründeten Tun geistige Voraussetzungen gehören, die die grosse Mehrheit der Menschen — und oft genug wir selber! — noch nicht erfüllen. Es wäre darum lebensfremde Selbstgerechtigkeit, wollten wir gewaltlosen Kampf gegen Unrecht von Menschen fordern, die nicht die Kraft und Klarheit haben, welche dazu gehören. Das gilt auch für den Kampf der amerikanischen Neger für ihr Menschenrecht und ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Befreiung. Wenn ein wachsender Teil der schwarzen Amerikaner zur Gewaltrevolution gegen die ganze herrschende «Ordnung» als dem einzig wirksamen Mittel auch *ibrer* Befreiung neigt, so sind dafür vor allem die Träger und Nutzniesser dieser Unrechtsordnung verantwortlich. Hier bekommt wieder Leonhard Ragaz Recht, der immer mit solchem Nachdruck betonte, dass die gewalttätige Revolution nicht etwas an sich Erstrebenswertes sei, sondern «etwas, das der Arbeiterschaft durch Provokation aufgezwungen werden könnte» und dabei ihre Sache

selbst schädige. «Wenn es unter uns zu Katastrophen kommt», so sagte er schon vor 50 Jahren, «dann wird man in erster Linie die Reaktion dafür behaften müssen. Es ist immer die Reaktion, die die (gewaltsame) Revolution erzeugt.»

Vielleicht ist die ruchlose Mordtat von Memphis mit dem blutigen Unruhen in den Negerstädten, die ihr folgten, die letzte eindrückliche Warnung an die Herrschenden in den Vereinigten Staaten vor einem Beharren auf ihrem Irrweg. Möge das Opfer seines Lebens, das Martin Luther King gebracht hat, nicht vergebens bleiben!

H. K.

Einladung zur Jahresversammlung

der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege».

Wir treffen uns zur Jahresversammlung am

28. April, 9 Uhr, im Haus des VHTL, gegenüber Bahnhof Wiedikon.

Es spricht: Dr. *Herbert Mochalski*, Redaktor der «Stimme der Gemeinde» über: Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Diskussion.

12.30 Uhr: Gemeinsames Mittagessen im alkoholfreien Restaurant «Freya». Am Nachmittag Fortsetzung der Aussprache.

Wir laden unsere Mitglieder wie auch Freunde unserer Bewegung herzlich zu unserer Tagung ein.

Für die Religiös-soziale Vereinigung
und die Freunde der «Neuen Wege»,
Der Vorstand